

GUATEMALA
Ernährungskrise
trifft vor
allem Kinder
(Seite 21)

DIGAMOS **NO** A LA VIOLENCIA
HACIA MUJERES Y NIÑAS



DER FORTSCHRITT BRÖCKELT

Marginalisierte Gruppen unter Druck

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

bewegen wir uns gerade rückwärts? Diese Frage stellt sich mit Blick auf den gesellschaftlichen Umgang mit marginalisierten Gruppen. In Deutschland reißen Diskussionen um die Verwendung geschlechtergerechter Sprache nicht ab. Angriffe auf Menschen aus der LGBTI*-Gemeinschaft nehmen nicht nur hierzulande wieder zu. Auf TikTok und Instagram liegen währenddessen Einblicke in den Alltag sogenannter „Tradwives“ im Trend: traditionelle Hausfrauen, die sich vollkommen der Sorgearbeit für ihre Kinder, Ehemänner und den Haushalt verschreiben. Ein ultrakonservatives Frauenbild, das (leider) längst nicht nur AfD-Politiker*innen gefällt.

Debatten um Gleichberechtigung, Genderfragen, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und ganz allgemein die Rechte marginalisierter Gruppen werden aktuell global geführt. Auch in unseren Partnerländern in Mittelamerika, wo das ständige Ringen um Menschenrechte und sozialen Fortschritt ohnehin viel alltagsprägender ist.

Während autoritäre Regime in Nicaragua und El Salvador die Räume und Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft immer stärker einschränken, geraten auch vermeintlich progressive Regierungen in Honduras und Guatemala mit ihren Versprechen von Fortschritt ins Stocken. In dieser komplexen Situation sind insbesondere die hart erkämpften Rechte von Frauen,

LGBTI*-Personen sowie Kindern und Jugendlichen stark gefährdet. Ihre Realität ist oft geprägt von Gewalt, Ausgrenzung und einer tief verwurzelten gesellschaftlichen Ablehnung. Dass Feminist*innen in Lateinamerika teilweise als „Feminazis“ bezeichnet werden, verdeutlicht, wie stark progressive Ansätze diskreditiert und konservative Normen diskursfähiger werden.

Diese Ausgabe der *presente* beleuchtet aktuelle Herausforderungen für marginalisierte Gruppen in Mittelamerika und zeigt, wie Betroffene und unsere Partnerorganisationen sich dagegen wehren, dass auf wichtige Fortschritte nun Rückschritte folgen – sei es auf politischer, rechtlicher oder sozialer Ebene.

Die aktuelle Situation erfordert politisches Handeln in unseren Partnerländern. Aber auch eine entschiedene Reaktion seitens der internationalen Gemeinschaft, insbesondere Deutschlands und der EU, in Form einer klaren Positionierung und der Zusammenarbeit mit lokalen Bewegungen, um den Druck auf autoritäre Regime zu erhöhen. Letztendlich ist Fortschritt im Bereich der Menschenrechte marginalisierter Gruppen keine lokale Angelegenheit, sondern eine globale Verantwortung, die uns alle betrifft.

Wir wünschen eine aufschlussreiche Lektüre!
Ihr/euer *presente*-Team

Das Titelfoto von Journalist Knut Henkel zeigt eine stark verwitterte und abgeblätterte Hauswandbemalung mit der Aufschrift „Wir sagen Nein zu Gewalt gegen Frauen und Kinder“. Ein Symbol für den bröckelnden Fortschritt?!



„Wir wollen uns lebend“ — ein Leitsatz der feministischen Bewegung in Lateinamerika als Antwort auf brutale Morde an Frauen und queeren Personen.

THEMA

Marginalisierte Gruppen unter Druck

4 KATHRIN ZEISKE

An den Rand gedrängt

Wie der Rechtsruck hart erkämpfte Rechte und Räume gefährdet

7 MIRIAM INSTENBERG (CIR)

Wegsperrten, anstatt strategisch zu helfen

Kinder und Jugendliche leiden unter Massenverhaftungen in El Salvador

MITTELAMERIKA

18 KNUT HENKEL

HONDURAS

Präsidentin in der Glaubwürdigkeitskrise
Xiomara Castro enttäuscht Erwartungen

21 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

GUATEMALA

Guatemalas Ernährungskrise

Jedes zweite Kind im Land ist unterernährt



10 DIEGO LIMA

LGBTI*-Rechte in Mittelamerika

Kämpfe im Schatten des Autoritarismus

13 LEA SCHMIDT (CIR)

Progressiv und feministisch?

Ist der Feminismus in die Parlamente von Honduras und Guatemala eingezogen?

KAMPAGNE

24 ANNA BACKMANN (CIR)

Verantwortungsbewusste Geschenke unterm Weihnachtsbaum

Ein nachhaltiger Trend?

26 DOMINIK GROSS (CIR)

Lieferkettengesetz und öffentlicher Druck wirken

Palmöl-Lieferant verliert Nachhaltigkeitslabel

ÜBER UNS

28 **Wir stellen vor:** Menschen, die sich für eine gerechte Welt engagieren

30 **Neues aus dem CIR-Team**

31 **Bestellschein**

Diese *presente* könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren?

Bestellen Sie gerne weitere kostenlose Exemplare per E-Mail an shop@ci-romero.de oder telefonisch unter 0251-6744130.

FOTO: INCIDEJOVEN

IMPRESSUM

cir romero
initiative
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

Herausgeberin:

Christliche Initiative Romero e.V.
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Tel. +49 (0)251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0)251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:

Anna Backmann, Alejandra Castro de Klede, Joana Eink (V.i.S.d.P.), Dominik Groß, Miriam Instenberg, Sarah Lethmate, Andréa Moraes Barros, Robin Killenbec, Anne Nibbenhagen, Maik Pflaum, Anderson Sandoval, Lea Schmidt, Tessa von Richthofen, Maria Wilmer, Christian Wimberger

Lektorat:

Joana Eink, Miriam Instenberg, Annette Spitzmesser, Lea Schmidt
Druck: Druckservice Roxel, Münster, November 2024

Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf
100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Teile der Veröffentlichung wurden mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE) und von Engagement Global im Auftrag des BMZ ermöglicht. Für den Inhalt der Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Zuwendungsgeber angesehen werden.



BMZ

Bundesministerium für
Entwicklungszusammenarbeit
und Entwicklung



An den Rand gedrängt

Ohnehin marginalisierte Gruppen erfahren zurzeit verstärkt politischen Gegenwind, nicht nur in Mittel- und Lateinamerika, sondern weltweit. Defekte demokratische Systeme und autoritäre Tendenzen stellen hart erkämpfte Rechte und Räume unter Beschuss.

TEXT: KATHRIN ZEISKE

In vielen Ländern der Welt wählen Menschen Parteien und Kandidat*innen, die autoritäre Maßnahmen propagieren. In Deutschland und Europa ist die Rechte auf dem Vormarsch, während in Lateinamerika Populist*innen an die Macht kommen oder durch Verfassungsänderungen an der Macht verbleiben.

„Populistische Persönlichkeiten machen sich die Unzufriedenheit der Menschen zunutze“, konstatiert **Celia Yaneth Medrano** (Foto rechts), salvadorianische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, die sich durch die Leitung der von



Oscar Romero gegründeten Menschenrechtskommission El Salvadors einen Namen machte. „Sie propagieren radikale Schritte gegen Gewalt und Kriminalität, aber setzen dafür Menschenrechte und demokratische Prinzipien außer Kraft.“ Das Versagen ihrer Vorgängerregierungen, effektiv und transparent gegen Banden- und Kartellgewalt oder Korruption vorzugehen, spiele ihnen Wähler*innenstimmen zu.

Mehr Sicherheit, weniger Demokratie

So hat in El Salvador Präsident Nayib Bukele im seit März 2022 aufrechterhaltenen Ausnahmezustand mehr als 80.000 Menschen inhaftiert – darunter auch tausende Jugendliche. Durch die Masseneinhaftigungen hat

Bukele eines der gewalttätigsten Länder Lateinamerikas zu einem der sichersten gemacht. Trotz der damit einhergehenden gut dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gilt er als einer der beliebtesten Präsidenten der Region. Sein repressives Vorgehen wird von vielen Regierungen in Lateinamerika als Vorbild im Kampf gegen organisierte Kriminalität diskutiert: Honduras' Präsidentin Castro und Ecuadors Präsident Noboa ergriffen ähnliche Maßnahmen, allerdings ohne vergleichbare Erfolge.



Nayib Bukele hat El Salvador sicherer gemacht — auf Kosten der Menschenrechte und des Rechtsstaats.

In Mittelamerika scheint das Streben nach Sicherheit zunehmend das Bekenntnis zur Demokratie zu überschatten. Die Nichtregierungsorganisation Latinobarómetro spricht von einer „demokratischen Rezession“. Gewalt gehe nun weniger von Banden, aber dafür vermehrt vom Staat selbst aus. Der Fokus auf Sicherheitspolitik und Militarisierung hat die Entwicklung vieler Länder Lateinamerikas um Jahrzehnte zurückgeworfen.

„Menschen, die einen Zustand der Belagerung durch kriminelle Banden erlebt haben, genießen das Gefühl der Sicherheit“, so Celia Medrano. „Der hohe Preis, der dafür zu zahlen ist — der Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten — bereitet ihnen im Moment keine Sorgen. Sie möchten glauben, dass nicht sie es sind, die ihn zahlen werden.“

Denn die Regierung Bukele stellt andere als angebliche Staatsfeinde an den Pranger. „Autoritäre Regierungen schüren Hass als politische Waffe.“ In sozialen Netzwerken und offiziellen Medien werden kritische Journalist*innen, Gewerkschaftsmitglieder, Akademiker*innen, Nichtregierungsorganisationen und internationale Institutionen als Feinde stigmatisiert — sowie überhaupt alle Menschen, die sich für ihre oder die Rechte anderer einsetzen.

„Sexilio“ als einzige Option

So berichtet Celia Medrano, dass in El Salvador Radio- und Fernsehsender geschlossen wurden, die über sexuelle Vielfalt berichteten. Die LGBTIQ*-Community¹⁾ muss erleben, wie sich erstrittene Räume wieder schließen. In den Nachbarländern Honduras und Guatemala haben Regierungen, die aus sozialen Bewegungen heraus an die Macht gekommen sind, repressive Vorgänger abgelöst. Aber auch hier nimmt die Gewalt gegen die LGBTIQ*-Community nicht ab. Eine schützende Gesetzgebung fehlt in der gesamten Region, sodass viele im „sexilio“ (Exil aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität) die einzige Möglichkeit sehen, um der Gewalt von Banden und Polizei und der Ausgrenzung aus Gesellschaft, Bildungssystem und Arbeitsmarkt zu entkommen.



Transpersonen leiden unter der autoritären Entwicklung in Mittelamerika. Öffentliche Demonstrationen wie hier der Pride-Marsch in El Salvador stellen oft ein Risiko für die Teilnehmenden dar. ➤

¹⁾ LGBTIQ* steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans- und Intersexuell. Der Begriff mit Gendersternenchen umfasst alle Menschen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer sexuellen Orientierung von der Heteronormativität abweichen.



Die Rechte von Kindern und Jugendlichen haben in den Ländern Mittelamerikas keine hohe politische Relevanz.

Auch Kinder und Jugendliche suchen nach wie vor in der Flucht Richtung USA einen Ausweg aus der Gewalt in ihren Gemeinschaften und Familien – und fallen so oftmals aus dem formellen Bildungssystem. Kindheit und Jugend ist für keine mittelamerikanische Regierung ein haushaltsrelevantes Thema. Oftmals werden Jugendliche stattdessen pauschal kriminalisiert, so wie in El Salvador, „wo Tausende Mädchen und Jungen inhaftierter Eltern sowohl ohne Aufmerksamkeit und Fürsorge als auch ohne staatliche Unterstützung bleiben“, erzählt Medrano.

Fehlender Schutz von Frauen vor Gewalt

Während feministische Bewegungen in El Salvador und anderen Ländern Mittelamerikas zunehmend diskreditiert werden, fällt der Schutz von Frauen angesichts der Fokussierung auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität hintenüber. Die Regierung Bukele feiert zwar einen drastischen Rückgang der Mordraten. Doch die Zivilgesellschaft warnt, dass eine mögliche Zunahme von Hassverbrechen und Femiziden (Frauenmorden) nicht öffentlich wird.

Strukturelle und reproduktive Gewalt gegen Frauen bleibt ein alarmierendes Thema in Mittelamerika: Honduras, Nicaragua und El Salvador zählen zu den fünf lateinamerikanischen Ländern, in denen Abtreibungen unter allen Umständen verboten sind, selbst

bei Vergewaltigung, Inzest oder Lebensgefahr der schwangeren Person. In Honduras und El Salvador sind jedes Jahr Hunderte von Mädchen zwischen zehn und 16 Jahren gezwungen, selbst Kinder zu gebären; „Tendenz steigend angesichts der allgemeinen Akzeptanz von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen“, so Celia Medrano. Andere suchen nach heimlichen Abtreibungen unter zum Teil lebensbedrohlichen Umständen.

Düstere Prognosen

Ein weltweiter Rechtsruck und die Abkehr von demokratischen Errungenschaften greifen auch in Europa um sich, mit ebenso gravierenden Folgen für Minderheiten und Aktivist*innen. In Deutschland haben Attacken auf lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen um knapp 50 % und auf trans-, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen um mehr als 100 % zugenommen. Rechte bedrohten diesen Sommer CSD-Umzüge²⁾ in verschiedenen Städten. Die bahnbrechenden Wahlgewinne der AfD in Ostdeutschland versprechen auch bei uns eine düstere Zukunftsprognose, wenn es um von sozialen Bewegungen über Jahrzehnte erkämpfte Räume und Rechte geht. ■

Kathrin Zeiske berichtet als freie Journalistin aus Mexiko. Sie schreibt über Menschenrechtsthemen, insbesondere zu Weltmarkt, Flucht und Migration und Gewalt gegen Frauen.

2) Mit Paraden zum Christopher Street Day (CSD) wird jährlich für die Rechte und die Gleichstellung von LGBTI*-Menschen demonstriert.

In El Salvador kommt es seit 2022 zu Massenverhaftungen vermeintlicher Bandenmitglieder. Jugendliche werden teils allein deswegen verhaftet, weil sie sich als Gruppe im öffentlichen Raum aufhalten.

Wegsperren, anstatt strategisch zu helfen

Kinder und Jugendliche
leiden unter
Massenverhaftungen
in El Salvador



*Von heute auf morgen in einer Gefängniszelle eingesperrt sein, ohne zu wissen, warum und für wie lange: Diese Erfahrung machen in El Salvador zurzeit Hunderte Kinder und Jugendliche. Ein Albtraum für sie und ihre Angehörigen, die teilweise gar nicht erfahren, wo sich ihre Kinder befinden. Schätzungsweise 82.000 Menschen in El Salvador sind derzeit im Rahmen des Ausnahmezustands inhaftiert, mehr als 1.600 von ihnen sind laut einem aktuellen Bericht von Human Rights Watch minderjährig. Die CIR-Partnerorganisation Azul Originario (AZO) unterstützt Familien von Inhaftierten. Im Interview ordnen Expert*innen der Organisation die Folgen der Massenverhaftungen für die besonders vulnerable Gruppe der Kinder und Jugendlichen ein.*

ÜBERSETZUNG & BEARBEITUNG: MIRIAM INSTENBERG (CIR)

Wie rechtfertigt die Regierung die hohe Zahl der inhaftierten Kinder und Jugendlichen?

” Zu den Gründen für den Freiheitsentzug dieser Kinder und Jugendlichen wurde nichts veröffentlicht. Die Änderungen und Reformen des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafrechts dienen angeblich dazu, Gewalttaten und Verbrechen zu verhindern. Banden und Gangs würden oft Minderjährige für Straftaten einsetzen, weil ihnen keine oder geringere Strafen drohen. Es gibt aber keine Strategie, wie die Verstrickung von jungen Menschen in kriminelle Strukturen

verhindert werden kann. Vielmehr steht ein repressiver und stigmatisierender Ansatz im Vordergrund, der davon ausgeht, dass Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, stärker gefährdet sind, straffällig zu werden.

Gibt es Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die besonders betroffen sind?

Es handelt sich vor allem um junge Menschen, die Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung erleben, mangelnde Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben und aus Elternhäusern kommen, in denen Gewalt, Drogenkonsum und Abwesenheit der Eltern vorherrschen. ➤



AZO bietet u. a. Kunst- und Kreativworkshops für Kinder und Jugendliche an, die in irgendeiner Form von den Massenverhaftungen betroffen sind. Die Organisation musste ihre Angebote zuletzt erheblich ausweiten.

Polizei- und Sicherheitskräfte nehmen Jugendliche oft allein deswegen fest, weil sie sich als Gruppe im öffentlichen Raum aufhalten. Obwohl kein Verbrechen begangen wurde und kein Haftbefehl vorliegt. Alarmierend viele Personen in Haft warten immer noch darauf, zu erfahren, welcher Verbrechen sie eigentlich beschuldigt werden.

Der Bericht spricht von Folter und Misshandlung in der Haft, auch an Kindern und Jugendlichen. Liegen AZO darüber Erkenntnisse vor?

Es ist sehr schwierig, Informationen direkt aus den Gefängnissen zu erhalten. Die meisten Informationen über Folter und Misshandlung stammen von Personen, die aus der Haft entlassen wurden. Aber nicht alle von ihnen sind bereit zu reden. Die Anzeichen von Folter und psychischen Schäden sind teilweise offensichtlich, aber die Betroffenen haben Angst, erneut verhaftet zu werden, wenn sie

sich öffentlich dazu äußern. Es ist uns gelungen, Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Haft zu dokumentieren. Wir haben jedoch entschieden, diese nicht zu veröffentlichen, um die Opfer und Überlebenden zu schützen.

Wie kann AZO inhaftierten Kindern und Jugendlichen helfen?

Eine unserer Maßnahmen ist die interdisziplinäre Betreuung der Familien von Menschen, die inhaftiert wurden. Sie vereint Ansätze aus Sozialarbeit, Psychologie, Kommunikation und dem juristischen Bereich. Außerdem entwickeln wir Schulungen, um Familien und Kinder zu stärken, damit sie ihre Rechte besser kennen und in der Lage sind, diese einzufordern. Ein weiteres Element ist die psychosoziale Betreuung und Krisenintervention. Von Inhaftierungen betroffene Familien leiden unter verschiedenen wirtschaftlichen und psychosozialen Auswirkungen, die Depressionen, Angstzustände und posttraumatischen

Stress auslösen können. Wir versuchen, diese Risiken zu verringern und die Menschen bei der Suche nach Hilfe zu unterstützen.

Wie hat sich AZOs Arbeit mit Kindern und Jugendlichen durch den Ausnahmezustand verändert?

Unsere Arbeit musste erheblich ausgeweitet werden. Früher arbeiteten wir mit Gruppen von sieben bis zehn Kindern, jetzt nehmen bis zu 25 Kinder an unseren Aktivitäten teil. Wir haben daher u. a. Kunstworkshops wie Musik, Zeichnen und Malen eingeführt, die es uns ermöglichen, eine größere Anzahl von Menschen gleichzeitig anzusprechen, Räume für den Austausch zu schaffen, Hilfe anzubieten und die gemeinschaftliche Arbeit zu fördern. Darüber hinaus ist das, was die Kinder alltäglich erleben, komplexer geworden und erfordert spezialisierte Maßnahmen, z.B. die Behandlung von Traumata.

Wie sehen Sie die Zukunft von Kinder- und Jugendrechten in El Salvador?

Gegenwart und Zukunft der Kinder in El Salvador sind ungewiss. Die Auswirkungen von COVID-19 und der andauernde Ausnahmezustand haben die psychische Gesundheit und die wirtschaftliche Lage der salvadorianischen Familien stark beeinträchtigt. Durch die Inhaftierungen ist in Tausenden von Familien die Verbindung zwischen Eltern oder Betreuer*innen und Kindern und Jugendlichen zerbrochen, was diese Bevölkerungsgruppe noch verletzlicher macht. Zugleich gibt es keine von der Regierung geförderten Strategien oder Maßnahmen zur Arbeit mit dieser Bevölkerungsgruppe.

Wie kann die internationale Gemeinschaft helfen?

Es ist wichtig, dass soziale Organisationen, Medien, Gemeindevorsteher*innen und andere Menschen Fälle anprangern – entweder,

weil sie selbst oder ihre Familien betroffen sind, oder einfach, weil sie das, was in El Salvador geschieht, für ungerecht halten. Und es ist wichtig, auf die Arbeit derjenigen hinzuweisen, die sich trotz Unsicherheit und Angst in dieser stillen Diktatur für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.

“



Unterstützung für die Familien von Inhaftierten in El Salvador

Seit über zwei Jahren herrscht in El Salvador der Ausnahmezustand. Laut Regierung soll er dazu dienen, die Bandenkriminalität zu bekämpfen. Menschenrechtsorganisationen prangern Tausende ungerechtfertigte Inhaftierungen – auch von Kindern – an. Diese sogenannte Sicherheitspolitik hat zu einem Klima der Stigmatisierung der inhaftierten Bevölkerung geführt, mit negativen Auswirkungen für die betroffenen Familien. Die CIR-Partnerorganisation Azul Originario (AZO) unterstützt Familienmitglieder von Inhaftierten u. a. durch psychosoziale Betreuung und rechtliche Beratung.

Ermöglichen Sie mit Ihrer Spende die Fortsetzung dieser wichtigen Arbeit!

Stichwort «AZUL ORIGINARIO»



LGBTI*-Rechte in Mittelamerika

Kämpfe im Schatten des Autoritarismus

Das Wohlergehen an den Rand gedrängter Bevölkerungsgruppen kann ein Gradmesser für die Ausrichtung einer Regierung sein. Wie sich die Machtwechsel zwischen autoritären und progressive(re)n Regierungen in Mittelamerika auf die vulnerable LGBTI-Gemeinschaft auswirken, beschreibt Diego Lima von der CIR-Partnerorganisation Lambda in Guatemala. Ein Lagebericht.*

TEXT: DIEGO LIMA, ÜBERSETZUNG: TESSA VON RICHTHOFEN (CIR)

Honduras und Guatemala: zwischen politischer Hoffnung und leeren Versprechungen

Nach Jahren der Korruption und staatlichen Veruntreuung durch die Regierung Juan Orlando Hernández in Honduras kamen durch den Amtsantritt von Xiomara Castro im Jahr 2022 zunächst frischer Wind und die Hoffnung auf einen Neubeginn auf. Castro positionierte sich während des Wahlkampfes und sogar in ihrer Antrittsrede zugunsten der Rechte von LGBTI*-Personen. Doch fast drei Jahre und einen Drogenhandel-Skandal später (siehe S. 18-20) ist von der vermeintlichen Offenheit der Politik wenig geblieben. Fortschritte für sexuelle Minderheiten: Fehlanzeige.

In Guatemala bedeutete der Amtsantritt des linken Korruptionsbekämpfers Bernardo Arévalo im Jahr 2024 einen Wechsel im

politischen Spiel des Landes, nach zwei sehr konservativen Regierungen und vielen Korruptionsvorwürfen. Während des Wahlkampfes bezog Arévalos Partei zwar keine ausdrückliche Position für mehr LGBTI*-Rechte, zeigte aber Offenheit für den Kampf gegen jegliche Art von Diskriminierung. Doch auch in Guatemala bleiben neun Monate nach der Amtsübernahme politische Maßnahmen zugunsten der LGBTI*-Gemeinschaft bisher aus.

Beide Fälle lassen sich als demokratisches und progressives Paradoxon beschreiben, dessen Hauptopfer wir, die LGBTI*-Community, sind. In beiden Kontexten wurde der Regierungswechsel zunächst als sozialer und politischer Wandel wahrgenommen, der bedeutende Fortschritte für die Menschenrechte im Allgemeinen versprach. Themen wie Transparenz, Rechenschaftspflicht,



Offen ihre sexuelle Identität ausleben, wie hier auf dem Pride-Marsch in San Salvador vergangenen Juni, können LGBTI*-Personen in Mittelamerika nur selten.

Gewalt gegen Frauen und der Kampf gegen Rassismus wurden bis zu einem gewissen Grad mit Schwung vorangetrieben, doch die Forderungen der LGBTI*-Bewegungen hatten nicht die gleiche Priorität für die jeweiligen Regierungen.

Nun stellt sich die Frage: Warum bleibt die Lage für LGBTI*-Personen unter vermeintlich fortschrittlichen Regierungen gleich oder verschlechtert sich sogar im Vergleich zur Situation unter den konservativen und teils autoritären Vorgängerregierungen? Die Antworten mögen vielfältig sein, doch geht es wohl vornehmlich um das politische Risiko,

das entsteht, wenn Regierungen LGBTI*-Themen auf ihre Agenda setzen. Eine gute Regierungsführung beruht auf der Unterstützung der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung. In sehr konservativen Gesellschaften wie Guatemala und Honduras polarisiert das Thema LGBTI* stark, löst Angriffe aus und führt zu ideologischen Spaltungen. Die politische Bereitschaft, diese zu ertragen, ist weder in Guatemala noch in Honduras vorhanden.

Nicaragua und El Salvador: Unterdrückung und Ausgrenzung

Nicaragua und El Salvador hingegen werden von autoritären und konservativen Regierungen geführt.

In **Nicaragua** wurde die Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht und hat kaum noch Möglichkeiten, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Aktivist*innen sind Verfolgung und Kriminalisierung ausgesetzt. Viele leben im Exil. Angesichts dessen sowie der prekären Lebensbedingungen für einen Großteil der Bevölkerung wurden die Kämpfe und Forderungen von LGBTI*-Personen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt.

In **El Salvador** stellt die Wiederwahl des Präsidenten Nayib Bukele eine Fortsetzung der antidemokratischen, willkürlichen und zensierenden Maßnahmen dar, von denen das Land seit seinem Amtsantritt geprägt ist. Auch wenn es keine vollständige Schließung >



In 2024 hat Lambda bereits 200 Opfer von LGBTI*-spezifischer Gewalt in Guatemala registriert. 21 % davon waren Menschenrechtsaktivist*innen. 84 % der Täter*innen sind unbekannt.

aller Nichtregierungsorganisationen gibt, stehen zivilgesellschaftliche Organisationen vor wirtschaftlichen Problemen und bürokratischen Hürden bei der Registrierung, ganz zu schweigen vom eingeschränkten Zugang zu öffentlichen Informationen sowie der Lobbyarbeit bei hochrangigen Entscheidungsträger*innen.

Beide Regierungen verbreiten kontinuierlich Hassreden und ihre politische Haltung ist klar konservativ, was sich in offensichtlichen Maßnahmen gegen die LGBTI*-Gemeinschaft widerspiegelt. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zu Honduras und Guatemala, wo es zumindest keine explizite offizielle Stellungnahme gegen sexuelle Minderheiten gibt.

Alarmierende Lage in Mittelamerika

Der Blick auf die Region ist besorgniserregend: In keinem der Länder sind wichtige Themen wie die Anerkennung der Geschlechtsidentität, die gleichgeschlechtliche Ehe oder inklusive Volkszählungen Realität. Gleichzeitig nimmt die tödliche Gewalt gegen LGBTI*-Personen weiter zu. Der jüngste Bericht des Netzwerks „Red Sin Violencia LGBTI“ weist erschreckende Statistiken zu



Ein seltenes Bild: Vertreter*innen von LGBTI*-Organisationen in einer Sitzung der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) in Honduras im Jahr 2016. Die politische Einflussnahme der queeren Community ist gering.

vorurteilsmotivierter Gewalt auf: Insbesondere Guatemala und Honduras verzeichnen einen Anstieg von Morden und Tötungsdelikten an LGBTI*-Personen. Dieses Gesamtbild verdeutlicht, dass LGBTI*-Rechte in der unsicheren politischen Lage der Region – egal ob unter progressiven oder autoritären Regierungen – nur dann vorankommen können, wenn Regierungen den Mut aufbringen, sich entschieden gegen den Druck der öffentlichen Meinung und die Angriffe rechter Bewegungen zu stellen. ■

Für die Rechte der LGBTI*-Gemeinschaft in Guatemala

Lambda setzt sich als führende Organisation in Guatemala für die Rechte und das Wohl der LGBTI*-Gemeinschaft ein – eine der am stärksten diskriminierten Bevölkerungsgruppen des Landes. Mit gezielten Bildungs- und Rechtsberatungsprojekten, dem Aufbau von Netzwerken und der Stärkung von Basisgruppen will Lambda eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen schaffen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.

Ihre Spende hilft dabei, die rechtliche Unterstützung auszubauen, Workshops und Weiterbildungen durchzuführen und die Diskriminierung in der Gesellschaft zu bekämpfen. So tragen Sie dazu bei, die Lebensrealität von LGBTI*-Personen in Guatemala zu verbessern!



Stichwort «LAMBDA GUATEMALA»

Progressiv und feministisch?

*Honduras und Guatemala haben in den vergangenen Jahren historische Wahlsiege linker Politiker*innen erlebt. Doch ist damit auch der Feminismus in die Parlamente eingezogen? Die lokale Frauenorganisation Centro de Derechos de Mujeres (CDM) und die Jugend- und Frauenorganisation INCIDEJOVEN berichten, welchen Herausforderungen sie weiterhin gegenüberstehen und wie sie damit umgehen.*

TEXT: LEA SCHMIDT (CIR)

„Honduranische Frauen, ich werde euch nicht im Stich lassen. Ich werde eure Rechte verteidigen [...]. Zählt auf mich!“ So beendete Xiomara Castro ihre Amtseinführungsrede zur ersten Präsidentin einer linken Partei in Honduras Ende Januar 2022. Die heute 65-jährige Politikerin war explizit mit dem Versprechen angetreten, Frauen zu ermächtigen. Sie wollte Sexualaufklärung fördern, geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen, mehr Frauen in die Wirtschaft holen, Abtreibungen unter bestimmten Umständen legalisieren und das Verbot von Notfallverhütungsmitteln aufheben. Doch wie sieht es heute für die Frauenbewegung in Honduras aus?

Fehlende Ressourcen, fehlender Fortschritt

„Es herrscht Frustration und Verzweiflung“, bilanziert Gilda Rivera, Direktorin des CDM. Castro habe es versäumt, viele ihrer Wahlversprechen zu erfüllen. „Zum Teil aufgrund



Xiomara Castro (oben) beim Amtsantritt: kämpferisch für Frauenrechte. Geblieben ist davon wenig. Das kritisiert die honduranische Frauenorganisation CDM (unten) lautstark.

mangelnden politischen Willens, zum Teil aufgrund des ungünstigen Kräfteverhältnisses in der Regierung.“ Die anfängliche Zuversicht und Hoffnung sind Müdigkeit und Erschöpfung gewichen. Dem Frauenbündnis fehlen die Ressourcen, um den Diskursen konservativer Gruppen entgegenzutreten. „Wir müssen all unsere Kapazitäten in die Absicherung finanzieller Mittel stecken, statt uns auf politische Aspekte zu konzentrieren“, kritisiert Rivera. Und dennoch wolle man die Regierung nicht herausfordern, da man sich in gewisser Weise doch mit ihr identifiziere.

Immerhin hat Castro das Verbot der „Pille danach“ aufgehoben und nach jahrelangem Kampf das Protokoll für die Betreuung von Opfern sexueller Gewalt verabschiedet. ➤



Anstelle des honduranischen Staates übernimmt das CDM Aufklärungsarbeit, wie hier auf Instagram zu Schwangerschaftsabbrüchen.

Ganzheitliche reproduktive Rechte seien in Honduras jedoch weiterhin kaum denkbar. „Abtreibungen sind laut Verfassung strafbar. Keine Art von Schwangerschaftsabbruch ist anerkannt. Das macht es sehr schwierig, etwas zu ändern“, sagt Rivera. Ein Gesetz zur umfassenden sexuellen Aufklärung, das 2023 im Nationalkongress zur Vermeidung von Teenager-Schwangerschaften verabschiedet worden war, wurde von Castro mit einem Veto belegt. „Wir verstehen nicht, warum. Wahrscheinlich aus Angst vor fundamentalistischen Gruppen“, vermutet Rivera. Für die Mehrheit der honduranischen Frauen habe die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung jedoch ohnehin nicht oberste Priorität. „Ihr Hauptanliegen ist das Recht auf Arbeit, Gesundheit, eine Wohnung und ein Leben ohne Gewalt“, erklärt Rivera. Das CDM hat für 2024 allein bis zum 31. August 167 Femizide und gewaltsame Todesfälle von Frauen in Honduras registriert.

Angst vor „Gender-Ideologie“

Im Nachbarstaat Guatemala hat mit Bernardo Arévalo im Januar 2024 wider Erwarten ein Antikorruptionsaktivist das höchste Amt des Landes eingenommen. Wie wirkt sich der

Regierungswechsel dort auf Frauenrechte und die Belange feministischer Bewegungen aus?

In der Legislative: nur langsam. Während das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung von Frauen voranschreitet, ist beim Thema Sexualaufklärung Zurückhaltung wahrzunehmen – trotz eindeutiger Zahlen: Der CIR-Partnerorganisation INCIDEJOVEN zufolge sind dieses Jahr 1.298 Mädchen zwischen zehn und 14 Jahren Mütter geworden. „Dem Bildungsministerium scheinen die Hände gebunden, weil ein bestimmter Teil der Bevölkerung die vermeintliche ‚Gender-Ideologie‘ fürchtet“, berichten Ximena und Jennifer von INCIDEJOVEN. Eine Gesetzesinitiative zur umfassenden Sexualerziehung, die sie mit Unterstützung anderer Kollektive 2022 eingebracht haben, wurde bis heute nicht im Kongress angehört. „Absurde, menschenfeindliche Gesetzesentwürfe finden jedoch Anklang.“ So zum Beispiel der Vorschlag zur „Sexualerziehung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“, der u. a. ein Verbot fordert, in Schulen über den Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu sprechen. Auch die Rechte der LGBTIQ*-Community und das Recht auf freie Entscheidung würden dadurch tabuisiert und stigmatisiert.



Bernardo Arévalo hat der Korruption in Guatemala den Kampf angesagt. Legislative Fortschritte für Frauen gibt es in seiner Amtszeit bisher kaum.



Die guatemaltekische Jugend- und Frauenorganisation INCIDEJOVEN leistet organisierten Widerstand – sowohl auf der Straße (rechts) als auch im Internet (oben).



Kampf um die Deutungshoheit

„Es ist ein Angriff auf die politische Agenda junger Frauen und trägt dazu bei, das falsche Narrativ der Sexualerziehung zu nähren“, sagen Ximena und Jennifer. „Auch Schwangerschaftsabbrüche sind mit Stigmatisierung, Mythen und Tabus belegt, anstatt sie als das zu bezeichnen, was sie sind: Gesundheitsfürsorge.“ Bevor man von einer rechtlichen Entkriminalisierung sprechen könne, müsse zunächst ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden.

In der Exekutive wird mit dem Nationalen Frauenförderungs- und Gleichstellungsplan immerhin das Problem der tief in der guatemaltekischen Gesellschaft verankerten Gewalt gegen Frauen angesprochen.

INCIDEJOVEN berichtet von einer Erhebung des Nationalen Instituts für Statistik, die ergab, dass 48,8 Prozent der befragten Frauen in ihrem Leben Gewalt erlitten haben. „Guatemala ist das Land Lateinamerikas mit der zweithöchsten Rate an Frauenmorden“, weiß Jennifer.

Auch zukünftig baut INCIDEJOVEN auf die politische Artikulation junger Frauen und den konstanten organisierten Widerstand. „Wir betreiben Forschung, generieren Daten und erarbeiten Strategien für die politische Lobbyarbeit. Denn erst wenn die historische Schuld gegenüber Frauen aufgearbeitet und ihre Autonomie anerkannt ist, wird es Frieden geben.“ ■

Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen

2023 wurde jede fünfte Frau in Honduras Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt. Täter sind meist die eigenen Väter, Brüder oder Ehemänner und oft sind die Frauen wirtschaftlich von ihnen abhängig. Das führt zu einer Gewaltsituation, aus der sehr schwer zu entkommen ist.

Mit Ihrer Spende können unsere Partnerorganisationen ORMUSA (El Salvador), CICAM (Guatemala) und CDM (Honduras)

die Selbstbestimmung betroffener Frauen fördern: durch kostenlose psychologische und rechtliche Beratung, Bildungsangebote und Begleitung gezielter Fraueninitiativen. Zudem setzen sich unsere Partner*innen für politische Veränderungen ein, die Frauen ein gewaltfreies Leben ermöglichen. **Bitte unterstützen Sie die Rechte von Frauen!**

Stichwort «FRAUENRECHTE»

El Salvador

Gegen die Straflosigkeit



Auf Pressekonferenzen und mit Infomaterialien klärt Tutela Legal über Fälle von Menschenrechtsverletzungen auf.

Die Menschenrechtsorganisation Tutela Legal MJH (TL) untersucht und dokumentiert seit vielen Jahren Verbrechen gegen die Menschenrechte in El Salvador. Ein Team aus Jurist*innen zeichnet die Berichte und Aussagen von Opfern sowie ihrer Angehörigen auf und bringt sie vor Gericht. Der weit verbreiteten Straflosigkeit im Land setzt Tutela Legal Fakten entgegen, mit denen sich die Gerichte beschäftigen müssen. Stellen sich die Instanzen in El Salvador quer, beschreitet TL internationale Klagewege.

Auch für die zahlreichen willkürlichen Maßnahmen der Bukele-Regierung findet die Organisation klare Worte: Sie kritisiert den andauernden Ausnahmezustand als klaren Verfassungsbruch und die zahllosen Verhaftungen mutmaßlich Unschuldiger als Rechtsbrüche.

Diese Arbeit kostet viel Geld, ist aber für die Wahrheitsfindung, und um den Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen, unerlässlich.

Bitte unterstützen Sie die mutigen Anwält*innen mit Ihrer Spende!

Stichwort «TUTELA LEGAL»

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Mit Ihrer Spende kann die Romero Initiative Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für:

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung

Nicaragua

Aufklärung für Frauen über Selbstfürsorge

Um die ganzheitliche Gesundheit von Frauen in den ländlichen Gebieten Nicaraguas zu fördern, unterstützt die CIR ihre Aufklärung über sexuelle und reproduktive Gesundheit, emotionale und psychische Probleme sowie geschlechtsspezifische Gewalt und Verhütung. Unterstützt werden u.a. Hausbesuche und die Bildung von Frauengruppen.

Fachkräfte bauen vertrauensvolle Beziehungen auf und stellen die jeweiligen Bedürfnisse fest. So entsteht ein sicherer Raum zur Aufklärung. Einige Frauen werden zu Multiplikatorinnen ausgebildet, um das Gelernte an ihre Familie, Freund*innen und Nachbar*innen weiterzugeben und so die gesamte Gemeinde teilhaben zu lassen.

Mit einer Spende von 215 Euro ermöglichen Sie die Bildung einer Gruppe zur Aufklärung von 20 Frauen über Selbstfürsorge.



Die Bildung von Frauengruppen wird mit dem Projekt unterstützt.

Stichwort «FRAUENGESUNDHEIT»

Guatemala

Für Demokratie und Rechtsstaat

Seit Januar ist in Guatemala nach vielen Jahrzehnten wieder ein linker Präsident im Amt. Doch rechte und korrupte Kräfte kontrollieren weiterhin die Staatsanwaltschaft und viele Gerichte. Kriminalisierte Aktivist*innen, Journalist*innen und Justizbeamte*innen befinden sich aufgrund der Verfolgung noch immer in Haft.

Unsere Partnerorganisation CALDH setzt sich vor Gericht für kriminalisierte Verteidiger*innen der Demokratie ein. Außerdem leistet sie Kampagnenarbeit, um den Rechtsstaat zu stärken, und fordert u. a. eine transparente Wahl von Richter*innen. Ein starker

Rechtsstaat ist für CALDH unabdingbar, um die vielschichtigen Probleme des Landes zu bekämpfen.

Ihre Spende hilft CALDH dabei, Demokratie und Rechtsstaat zu verteidigen!

Stichwort «CALDH»

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

**IHRE
SPENDE
HILFT**

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden



Schon während seiner Amtszeit gab es Proteste gegen den umstrittenen Präsidenten Juan Orlando Hernández (JOH), wie hier 2018. Die korrupten Strukturen, die er hinterlassen hat, prägen Honduras noch heute.

Präsidentin in der Glaubwürdigkeitskrise

Xiomara Castro ist mit vielen Versprechen und immensen Erwartungen am 27. Januar 2022 als erste Präsidentin von Honduras vereidigt worden. Rund 28 Monate später droht die einstige Hoffnungsträgerin ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren.

TEXT: KNUT HENKEL

Ismael Soto Morena ist konsterniert. Noch Anfang Februar hegte der Jesuit, den fast alle nur als Padre Melo kennen, die Hoffnung, dass Präsidentin Xiomara Castro die Kurve kriegen würde. „Der Prozess gegen Juan Orlando Hernández in den USA bot ihr die Chance, endlich das korrupte Netzwerk in Politik und Wirtschaft trockenzulegen“, berichtete der 64-jährige Padre, der sich in Honduras für Menschen- und Umweltrechte engagiert, damals. Er war sich sicher, dass

basierend auf den Informationen, die der Prozess zu Tage fördern würde, die Generalstaatsanwaltschaft aktiv werden würde. „Die Beweise und Indizien für die korrupten Strukturen innerhalb der Nationalen Partei rechtfertigen Ermittlungen und hätten zur Festnahme einiger Abgeordneter führen sowie den Weg zu Reformen freimachen können“, so Padre Melo Anfang des Jahres.

Knapp acht Monate später – und drei Monate nach der Verurteilung von Hernández

Der Jesuit Padre Melo (oben) und der Menschenrechtsanwalt Joaquín Mejía (unten) kritisieren fehlende Fortschritte im Kampf gegen die Korruption.



zu einer 45-jährigen Haftstrafe wegen organisierten Drogenschmuggels — ist wenig passiert. Joaquín Mejía, Mitarbeiter des jesuitischen Forschungszentrums ERIC und international gut vernetzter Jurist, zieht eine ernüchternde Bilanz: „Die 2021 im Wahlkampf versprochenen Initiativen zur Stärkung der Justiz sowie zur Installierung einer UN-Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit stocken. Zusätzlich erschüttert ein aktuell kursierendes Video aus dem Jahr 2013 das Vertrauen in die Präsidentin, in dem sich Führungsfiguren ihrer Partei mit bekannten Drogenschmugglern trafen.“

Im Netz der Familie

„Partido Libertad y Refundación (Libre)“ heißt Castros Partei und steht im Mittelpunkt eines 34-minütigen Videos, das von der investigativen Medienplattform InSight Crime am 3. September veröffentlicht wurde und seitdem in Honduras Schlagzeilen macht. Darin zu sehen ist Carlos Zelaya, der Schwager von Präsidentin Xiomara Castro. Dieser traf sich demnach 2013 in San Pedro Sula mit den beiden Anführern der honduranischen Drogenbande „Los Cachiros“. Sie boten ihm und der Partei Schmiergelder in Höhe von 650.000 US-Dollar für den damaligen Wahlkampf an. Das Video ist ein Beleg dafür, dass nicht nur die Nationale Partei unter Juan Orlando Hernández, die die Wahl 2013 gewann, sondern eben auch „Libre“ Kontakte zur organisierten Kriminalität pflegte. Die Drogenbanden hätten längst die Politik infiltriert, so die Autoren des InSight Crime-Beitrags, der in Honduras für Ernüchterung sorgt.

Keine weiteren Auslieferungen in die USA

Nicht allein die Tatsache, dass „Libre“ Verbindungen zu einflussreichen Banden wie „Los Cachiros“ hatte und eventuell noch hat, sondern der Umgang der Regierung mit dem

Video sei schockierend. Am 28. August, wenige Tage vor dessen Veröffentlichung, hat Präsidentin Castro das Abkommen zur Überstellung strafrechtlich verfolgter Personen in die USA einseitig und unter fadenscheinigen Gründen aufgekündigt. Es ist anzunehmen, dass die Präsidentin durch die Bitte der InSight Crime-Redaktion um ein Statement gewarnt war. „So entsteht der Eindruck, dass Xiomara Castro Politik in eigener Sache, zum Schutze ihrer Familie macht“, kritisieren sowohl Padre Melo als auch Joaquín Mejía. „Das Auslieferungsabkommen mit den USA ist das effektivste Instrument, um gegen die Unterwanderung durch die Drogenbanden vorzugehen. Unsere Justiz ist extrem fragil“, argumentiert Padre Melo und plädiert für dessen Wiederaufnahme. ➤



Präsidentin Xiomara Castro und Ehemann und Ex-Präsident Mel Zelaya: Was wussten sie über den Schmiegeld-Skandal?

Die Vetternwirtschaft der Partei „Libre“

Für Joaquín Mejía ist der Verlust der Glaubwürdigkeit für Castro und ihre Regierung immens. Hinzu komme, dass innerhalb der Partei die Rolle der omnipräsenten Familie Zelaya und auch die von Ex-Präsident und Ehemann Manuel „Mel“ Zelaya nicht hinterfragt werde: „Es ist wahrscheinlich, dass er von dem Treffen seines Bruders wusste, auch wenn er abstreitet, Geld angenommen zu haben. Seine Frau tut hingegen alles, um die Strukturen der eigenen Partei nicht durchleuchten zu lassen. Sie deutet mit dem Finger auf die anderen Parteien. Das ist schockierend.“

Hauptprotagonist Carlos Zelaya hat infolge der Videoveröffentlichung inzwischen seinen Posten als Sekretär des Nationalkongresses aufgegeben. Auch sein Sohn José Manuel Zelaya erklärte seinen Rücktritt als Verteidigungsminister. Dies allerdings aufgrund seiner Nähe zur Regierungsriege des umstrittenen venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro.

Zusammen mit dem Unmut der honduranischen Zivilgesellschaft setzt diese Gemengelage die amtierende Regierung und Justiz unter Druck. Letztere hat in Person von Generalstaatsanwalt Johel Zelaya – ausnahmsweise nicht mit der Familie Zelaya

verwandt – nun die Initiative ergriffen und eine Liste von Funktionär*innen publik gemacht, gegen die Untersuchungen laufen. Darunter auch Politiker*innen, die mit dem Drogenschmuggel in Verbindung gestanden haben könnten. Auf der Liste tauchen auch die Namen von Carlos Zelaya und Manuel „Mel“ Zelaya auf. Eine positive Entwicklung laut Padre Melo und Joaquín Mejía. Allerdings sind sich beide nicht sicher, ob die Staatsanwaltschaft den politischen Rückhalt hat, gegen sie ernsthaft zu ermitteln. Eine Auslieferung wie früher kommt seit dem 28. August nicht mehr in Betracht. Ein politisches Kalkül einer Präsidentin, die einst für den Wandel stand, dem sie nun im Weg steht? ■

Stärkung von Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit

Die Fundación Equipo de Reflexión, Investigación y Comunicación (ERIC) setzt sich seit 1980 als gemeinnützige Organisation in Honduras für ein gerechtes Entwicklungsmodell und die Stärkung des Rechtsstaates ein. Durch die Fusion mit Radio Progreso erreicht ERIC mehr als eine halbe Million Menschen und trägt durch Kommunikationsarbeit, Menschenrechtsberatung und Umweltaktivismus zur Bildung und Stärkung lokaler Gemeinschaften bei.

Mit einem Team von 58 Expert*innen und einem breiten Netzwerk unterstützt ERIC benachteiligte Bevölkerungsgruppen und fördert die Demokratie in Honduras. Ihre Spende hilft ERIC, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen zu stärken.

Stichwort «ERIC»



Durch Pestizide verschmutzte Böden und Gewässer (oben), Dürren infolge der Klimakrise (Mitte) und der Fokus auf Monokulturen für den Export wie Zuckerrohr (unten) sind nur einige der Gründe für Nahrungsmittelknappheit in Guatemala.

Guatemalas Ernährungskrise

Am schlimmsten trifft es Kinder

In Guatemala ist jedes zweite Kind unterernährt. Der sozialdemokratische Präsident Bernardo Arévalo sieht darin ein „klares Zeichen für das Versagen der Gesellschaft“. Er will nun die strukturellen Ursachen bekämpfen. Dabei muss er mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, welche die Ernährungssouveränität der indigenen Bevölkerung stärken. TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

In Guatemala vollzieht sich eine schleichende humanitäre Katastrophe — mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft. Einer staatlichen Erhebung von 2014 zufolge leiden 46,5 Prozent aller Kinder in Guatemala an chronischer Unterernährung. Damit ist Guatemala das Land mit der höchsten Unterernährungsrate bei Kindern in Lateinamerika,

weltweit steht es an sechster Stelle. Expert*innen gehen davon aus, dass sich diese Zahlen in den vergangenen Jahren sogar noch verschlechtert haben, u. a. aufgrund der Corona-Pandemie sowie von Dürren und Tropenstürmen im Zuge der Klimakrise. Besonders stark betroffen sind Regionen mit einem hohen Anteil an indigener Bevölkerung, die historisch diskriminiert wird.





Das Konzept der Agrarökologie reicht von der Pflanzenaufzucht bis zur Verteilung der Nahrungsmittel.

Unterernährung schränkt kognitive Entwicklung ein

Gesundheitsorganisationen unterscheiden zwischen der akuten und der chronischen Unterernährung. Erstere ist mit Hunger gleichzusetzen und zeigt sich anhand klarer körperlicher Anzeichen wie hervortretender Knochen. 2024 starben dem Gesundheitsministerium zufolge in Guatemala bereits acht Kinder an akuter Unterernährung.

Die chronische Unterernährung hat schleichendere, aber nicht weniger gravierende Auswirkungen. Sie tritt auf, wenn die Zufuhr von Kalorien und Nährstoffen einer Person langfristig unter ihrem Nährstoffbedarf liegt. Das ist z. B. der Fall, wenn die Ernährung aus ungesunden Fertigprodukten besteht.

Der Arzt José Silva vom Programm „Guatemalte*innen für die Ernährung“ schlägt gegenüber der spanischen Tageszeitung *El País* Alarm: „Eins von zwei Kindern in Guatemala erhält nicht ausreichend Nährstoffe, damit sich sein Gehirn normal entwickelt. Diese Kinder werden der Armut ausgeliefert sein.“ Die richtige Ernährung sei die Grundlage für alles, ohne sie würden Bildungsprogramme ins Leere laufen.

Staatliche und private Programme kämpfen seit Jahren gegen die Unterernährung an. Der Fokus liegt dabei oft auf der Verteilung

von Nahrungsmitteln. Die Akzeptanz der verteilten Produkte ist in der Bevölkerung aber häufig gering, da es vorkam, dass sie verdorben waren.

Die Ursachen müssen bekämpft werden

Die deutsche Unternehmerin Lilly Ebener-Stoll verfolgt ein anderes Konzept. Ihr soziales Unternehmen stellt eine Erdnussbutter namens *Nutrilisto* her, die mit Vitaminen, Eisen und Zink versetzt ist. In bunter Verpackung mit einem Smiley darauf erinnert das Produkt absichtlich an die billigen Fertigprodukte, die viele arme Menschen kaufen. *Nutrilisto* kann zwar einen Beitrag dazu leisten, Familien mit den wichtigsten Nährstoffen zu versorgen. Jedoch kann es nicht die Ursachen der Unterernährung bekämpfen. Es knüpft vielmehr an die Konsumgewohnheiten an, die Nahrungsmittelkonzerne seit Jahrzehnten in Guatemala fördern.

Die Regierung Arévalos will jetzt einige Schritte weiter gehen und verfolgt mit dem Programm „Hand in Hand“, an dem sieben Ministerien beteiligt sind, einen multidimensionalen Ansatz zur Bekämpfung von Armut und Unterernährung. Die Zahlung von Boni an Familien soll an bestimmte Gesundheits- und Bildungsmaßnahmen geknüpft werden. Die Bevölkerung, insbesondere Frauen, soll

einen besseren Zugang zu Mikrokrediten erhalten. Außerdem will die Regierung die Landwirtschaft durch technische Beratung und die Verteilung von Saatgut fördern. Die Regierung erhofft sich, so die wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen.

Ernährungssouveränität versus Agrarindustrie

Die CIR-Partnerorganisation CONGCOOP begrüßt die Maßnahmen Arévalos, fordert aber die Verteilung hochwertigerer Produkte, die besser zur Kultur der Territorien passen. „Die Regierung muss die Ursachen der Unterernährung bekämpfen. Sie sollte die kleinbäuerliche Familienlandwirtschaft und die Ernährungssouveränität unterstützen“, sagt Alejandro Aguirre Batres von CONGCOOP.

Ernährungssouveränität bedeutet für Aguirre Batres, dass die Gemeinden die Kontrolle über die Produktion und die Verteilung von Nahrungsmitteln auf nachhaltige und an die indigene Kultur angepasste Weise zurückgewinnen. Für ihn ist Unterernährung vor allem ein Umwelt- und Gerechtigkeitsproblem. Das Wasser der Flüsse, das die Gemeinden trinken, sei durch Chemikalien und Düngemittel verschmutzt und verursache bei Kindern dauerhaften Durchfall, was die Aufnahme von Nährstoffen verhindert.

Letztlich führen die Spuren oft zur Agrarindustrie, z. B. zur Produktion von Palmöl für den Export – auch nach Deutschland. Eine Studie der Katholischen Universität Mailand weist nach, dass die Expansion von Palmölplantagen die Wahrscheinlichkeit für Kinder, an Unterernährung zu leiden, erhöht. Das ist u. a. auf die Verdrängung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, oft in Verbindung mit Landraub, und die Verschmutzung des Wassers mit Pestiziden zurückzuführen.

Um die Ernährungssouveränität wiederherzustellen und die Abhängigkeit von z. B. Maisimporten zu verringern, muss die Regierung mit Initiativen wie CONGCOOP zusammenarbeiten, die auf agrarökologische Produktion setzen. Mit diesem Ziel vor Augen wird allerdings kein Weg daran vorbeiführen, die Macht der Agrarindustrie einzuschränken, die von rechten Regierungen jahrelang massiv gefördert wurde. ■

CONGCOOP kämpft für Ernährungs- souveränität

CONGCOOP ist ein Dachverband aus lokalen Kooperativen und Initiativen, der dafür kämpft, die Ernährungssouveränität in den Maya-Regionen zu stärken. Dafür muss sich die Organisation gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden gegen die ausbeuterische Palmölindustrie zur Wehr setzen, u. a. indem sie mit Unterstützung der CIR das deutsche Lieferkettengesetz nutzt. Als Gegenmodell zur Agrarindustrie will CONGCOOP das Konzept der Agrarökologie etablieren.

CONGCOOP vermittelt der indigenen Bevölkerung Wissen über traditionelle und nachhaltige Anbaumethoden und etabliert lokale Märkte. Auf diese Weise leistet die Organisation einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Unterernährung.

Tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei!

Stichwort «CONGCOOP»



Verantwortungsbewusste Geschenke unterm Weihnachtsbaum – ein nachhaltiger Trend?

Zu den Top 10 der Weihnachtsgeschenke 2023 gehörten Spielsachen, die sich mit Inklusion, Integration und Natur beschäftigen. Das zeigt, dass tiefgreifende gesellschaftliche Entwicklungen auch vor der Spielzeugbranche keinen Halt machen. Kein Wunder also, dass auch in der Spielzeugherstellung mehr nachhaltige Materialien und Produktionsmethoden gewählt werden als noch vor zehn Jahren. Ein Vorreiter auf dem Gebiet der fairen und nachhaltigen Spielzeugherstellung ist der deutsche Plüschtierhersteller Heunec.

TEXT: ANNA BACKMANN (CIR)

Weihnachtszeit heißt: Zeit für neues Spielzeug. Den Kaufrausch vor den Feiertagen bekommen vor allem die Arbeiter*innen in den Spielzeugfabriken zu spüren. Den ganzen Sommer über produzieren sie für das Weihnachtsgeschäft – und das unter zumeist katastrophalen Arbeitsbedingungen. Ein Großteil des Spielzeugs für den deutschen Markt wird noch immer in China produziert. Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung gehören zum Alltag in der Spielzeuglieferkette. Und leider wird der Markt noch immer dominiert von Unternehmen, die von der Ausbeutung chinesischer Arbeiter*innen profitieren. Die Spielzeug-Bestseller des Weihnachtsgeschäfts 2023 lassen jedoch aufhorchen. Erstmals ist auch nachhaltiges Spielzeug unter dem Baum im Trend. Geht es also doch anders? Ein gutes Beispiel dafür ist der deutsche Plüschtierhersteller Heunec.

Persönliche Beziehungen, planbare Aufträge

Das Spielzeugunternehmen Heunec ist ein traditionelles deutsches Familienunternehmen, das sein Spielzeug neben Deutschland (5 %) überwiegend auch in China (95 %) produzieren lässt. Der Unterschied: Regelmäßige Überprüfungen zeigen, dass die Produktion des Plüschtierherstellers ohne die bekannten systematischen Arbeitsrechtsverletzungen auskommt. Wie ist das möglich? Heunec setzt nach eigenen Aussagen auf Beständigkeit, Transparenz und Verlässlichkeit. Der Plüschtierhersteller kennt alle seine Zulieferer persönlich und mindestens einmal im Jahr stehen Besuche der Produktionsstätten an. Zudem setzt Heunec auf eine langfristige Auftragsvergabe. Das sorgt für Stabilität und Planungssicherheit – ein wesentlicher Unterschied zu vielen anderen Unternehmen, die oft kurz vor Weihnachten enorme Mengen ordern und so

Das Unternehmen Heunec
(Vorstandsmitglied
Barbara Fehn-Dransfeld
mittig im Bild) erhielt im
September das Siegel der
Fair Toys Organisation.



zusätzlichen Druck auf die Produktionsstätten ausüben. Transparent veröffentlicht Heunec zudem seine Zulieferbetriebe auf der eigenen Webseite — eine seltene Praxis in der Spielzeugbranche. 2023 wurde es mit dem erstmals vergebenen Fair Toys Siegel ausgezeichnet. Das Siegel wird von der Multi-stakeholder-Initiative Fair Toys Organisation vergeben und zeigt an, wie Unternehmen ökologische und soziale Kriterien einhalten.

Negativbeispiel Mattel: Mehr Schein als Sein

Leider zeigt längst nicht jedes Unternehmen Verantwortung für die eigene Lieferkette. Der Spielzeugriese Mattel, dessen Verkaufs-

schlager Barbie nach wie vor ein beliebtes Weihnachtsgeschenk ist, fällt immer wieder negativ auf. Trotz jahrelanger Kritik von Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen, darunter auch von der CIR, kommt es in Mattels Fabriken immer wieder zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Diese betreffen vor allem Frauen. Hinter die Kulissen von Barbies Glitzerwelt blicken wir in unserem aktuellen Toys Report, siehe Kasten.

Das Weihnachtsgeschäft 2023 zeigt eine neue Vielfalt und lässt uns hoffen, dass ein langfristiges gesellschaftliches Umdenken einsetzen könnte — sowohl bei den Käufer*innen als auch in der Spielzeugbranche. ■

Barbies geheuchelter Feminismus

Der Toys Report 2024 der CIR zeigt, dass große Konzerne lieber in ihr Image als in Menschenrechte investieren: In Zusammenarbeit mit China Labor Watch und Action Aid Frankreich haben wir in einer Undercover-Recherche erneut die prekären Arbeitsbedingungen in der Spielzeugproduktion aufgedeckt. Im Fokus der Ermittlungen stand eine chinesische Barbie-Fabrik von Mattel.

Der Bericht zeigt, dass insbesondere Frauen von den Missständen dort betroffen sind: niedrige Löhne, exzessive Überstunden, Arbeits- und Gesundheitsrisiken und sexuelle Belästigungen. Während Mattel sich öffentlich mit seiner Barbie als feministisch und emanzipatorisch inszeniert, werden Frauen in der Herstellung der Puppe schamlos ausgebeutet.

Download Toys Report 2024:

<https://www.ci-romero.de/produkt/studie-toys-report-2024/>



Weißes Gold: Im Kern der walnussgroßen Samen der auf Plantagen wachsenden Palmen versteckt sich das begehrte Palmöl.



Lieferkettengesetz und öffentlicher Druck wirken

Palmöl-Lieferant verliert Nachhaltigkeitslabel

Der Anfang 2024 von der CIR veröffentlichte Report „Im Schatten der Ölpalme“ konnte belegen, dass in der Palmölproduktion in Guatemala und Honduras systematisch Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung stattfinden. Unsere Recherchen schlugen Wellen, lösten Medienberichterstattung aus und stießen offizielle Beschwerdeprozesse an. In einem Fall kam es nun sogar zum Entzug der Nachhaltigkeitszertifizierung.

TEXT: DOMINIK GROSS (CIR)

Als Reaktion auf den CIR-Palmölreport hat der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO) die Nachhaltigkeitszertifikate des guatemaltekischen Lieferanten NaturAceites ausgesetzt. Der Report hatte u. a. auf Landkonflikte und Umweltverstöße dieses und weiterer Lieferbetriebe aufmerksam gemacht. Lieferketten konnten bis in deutsche Supermarktregele zurückverfolgt werden (siehe presente 2/2024).

Kein Wegducken möglich

Insgesamt führte der Palmölreport zu einem enormen Glaubwürdigkeitsproblem für den RSPO, der NaturAceites über viele Jahre trotz anhaltender Kritik zertifiziert hatte. Dass diesmal kein Wegducken möglich war, lag auch am deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Zusätzlich zur Veröffentlichung des Palmölreports wandte sich die CIR direkt an große Unternehmen in

Deutschland, die Palmöl von NaturAceites und anderen problematischen Lieferbetrieben beziehen, um auf die menschenrechtlichen Missstände hinzuweisen.

Dazu nutzten wir sogenannte Hinweisgeberportale, die mit dem LkSG für alle Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten verpflichtend geworden sind. Das LkSG sieht außerdem vor, dass eingegangene Hinweise unternehmensintern geprüft und – sofern als notwendig erachtet – Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die Hinweise der CIR dürften beim RSPO zu zahlreichen Anfragen von Unternehmen geführt und das Vertrauen in die Verlässlichkeit von RSPO-Zertifizierungen



Der Palmölreport der CIR

insgesamt erschüttert haben. Eine dem RSPO nahestehende Partei, die anonym bleiben möchte, zog das schärfste Schwert und legte direkt beim RSPO Beschwerde gegen NaturAceites ein.

Kontrollmechanismen im Visier

Inzwischen wurde die oberste Kontrollinstanz des RSPO eingeschaltet, die alle Vorgänge rund um NaturAceites sehr genau verfolgt. Die Aussetzung der Zertifizierung war ein erstes Ergebnis. Die logische Folge ist, dass die Kontrollierenden nun selbst kontrolliert werden. Ein Schritt, der für Betroffene und kritische Nichtregierungsorganisationen längst überfällig war.

Die CIR appelliert jetzt an den RSPO, weiter hinzuschauen und sich nicht von den Greenwashing-Maßnahmen von NaturAceites blenden zu lassen. Ein Blick nach Guatemala zeigt: Während die Presse weiterhin über die Drangsalierung indigener Gemeinden berichtet, häufen sich in jüngster Zeit Artikel über vermeintlich gute Taten des Unternehmens. Eine durchschaubare Strategie, von der sich weder der RSPO noch Unternehmen täuschen lassen dürfen.

Für sie gilt ohnehin, dass der Ruf nach dem RSPO bei Weitem nicht die einzige Maßnahme ist, die Abhilfe schaffen kann. Vielmehr sollten die Unternehmen selbst aktiv werden, wie z. B. der Agrarhandelsriese Cargill. Dort löste der CIR-Bericht einen Beschwerdeprozess aus, denn Cargill ist direkter Lieferbetrieb von NaturAceites, und bei direkten Geschäftsbeziehungen stellt das LkSG erhöhte Anforderungen an das Unternehmen. Inzwischen hat Cargill nach eigenen Angaben Maßnahmen ergriffen, um die Situation für die lokale Bevölkerung zu verbessern. Ob diese Maßnahmen tatsächlich greifen, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht sagen. ■



Wir haben es satt!

Wer profitiert hier eigentlich?

Konzerne wie ADM, Bayer und Tönnies fahren horrend Profite ein mit falschen Versprechungen von vermeintlich einfachen und billigen Lösungen, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Ihre Lobbyverbände fordern unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus einen desaströsen Verzicht auf Klima-, Tier- und Umweltschutz. Leider oft mit Erfolg. Denn zu viele Politiker*innen in Berlin und Brüssel stellen Konzerninteressen über das Gemeinwohl und fördern mit unseren Steuergeldern ein ausbeuterisches Agrarsystem.

Die europäische Agrarwende steht auf der Kippe. Wir dürfen nicht zulassen, dass Klima- und Umweltschutz aufgegeben werden, um Konzerne noch reicher zu machen.

Beteiligen Sie sich daher an der Demo am 18. Januar vorm Kanzleramt in Berlin!



Wir stellen vor:

Menschen, die sich zusammen mit der CIR für eine gerechte und solidarische Welt engagieren

Wenn die Kunst politisch wird

*Viele Menschen unterstützen die Arbeit der CIR mit Spendenaktionen. Eine Jugendgruppe aus der Werkstatt für Gestaltung im Münsteraner Stadtteil Kinderhaus, die sich mit dem Thema Rohstoffe beschäftigt, verkaufte ihre Töpferkunstwerke und spendete den Erlös an unsere Partnerorganisation ADES für die Verteidigung kriminalisierter Aktivist*innen in El Salvador.*

TEXT: ANNE NIBBENHAGEN, MARIA WILMER (BEIDE CIR)



Keramikverkauf für den guten Zweck

CIR-Büroleiterin Anne Nibbenhagen war bei ihrem Besuch des Sommerfests der Töpferwerkstatt in Münster Kinderhaus beeindruckt vom Engagement der jungen Künstler*innen. Die Gruppe von mehr als zehn Jugendlichen, die sich seit Jahren einmal die Woche zum gemeinsamen Töpfern trifft, setzt sich mit verschiedenen Aktionen für eine gerechtere Welt ein. Vor zwei Jahren machte sie mit einer „Äpfel“-Store-Aktion und dem Verkauf von auf Holz gemalten Mobiltelefonen auf die problematische Gewinnung von Lithium und die schlimmen Arbeitsbedingungen in den Minen aufmerksam.

In diesem Jahr ging der Erlös aus dem Keramikverkauf an die Romero Initiative, nachdem die Jugendlichen in einem Vortrag von CIR-Referent Christian Wimberger über die zerstörerischen Auswirkungen großer Bergbauprojekte und die Kriminalisierung der Aktivist*innen in Mittelamerika erfahren hatten. Das Wissen aus dem Vortrag wird auch im Bekanntenkreis und innerhalb



der Familien weitergegeben. Die großzügige Spende der jungen Menschen aus Münster ist eine wertvolle Unterstützung der salvadorianischen Organisation ADES bei ihrem Widerstand gegen Versuche von Regierungen und Unternehmen, Mega-Bergbauprojekte für den Abbau von Edelmetallen in El Salvador zuzulassen.

Dafür sagen wir DANKE!



Gemeinsamer Museumsbesuch

Eine weitere persönliche Begegnung mit Spender*innen fand im August in Herne statt. Im Rahmen des inzwischen abgeschlossenen EU-Projekts „Game On“ beteiligte sich die CIR an der Sonderausstellung „Moderne Zeiten – Archäologische Funde der Neuzeit und ihre Geschichten“ des LWL-Museums für Archäologie und Kultur. Die Ausstellung beschäftigte sich mit den Beziehungen zwischen dem Menschen der Moderne und seinen Dingen: Welche Gegenstände erschafft der Mensch zu welchem Zweck und welche Funktionen erfüllen sie darüber hinaus? Wann dienen sie der Erinnerung, wann sind sie Ausdruck von Gefühlen? Die CIR ergänzte diese Ausstellung um eine wichtige Ebene: Wir zeigten die Komplexität der Klimakrise anhand einer eigenen Station. Neben Exponaten des Museums gab es ein Ausstellungsstück zu sehen, das wir von unserer Medienreise nach Honduras, die im Sommer 2023 im Rahmen des „Game On“-Projekts stattfand, mit nach Deutschland gebracht hatten.

Anfang August begrüßten die CIR-Kolleginnen Lisa Kirtz und Maria Wilmer Unterstützer*innen der Romero Initiative in Herne. 18 Spender*innen waren unserer Ein-



ladung zu einem gemeinsamen Museumsbesuch gefolgt. Nach einem spannenden, geführten Ausstellungsrundgang ging es in Gesprächen um aktuelle Themen der Gegenwart und darum, wie wichtig es ist, sich für eine gerechtere Welt zu engagieren. Besonders die persönlichen Berichte von CIR-Referentin Lisa Kirtz waren für die Teilnehmenden von großem Interesse. Sie hatte die Medienreise nach Honduras begleitet und konnte aus erster Hand berichten, wie die Klimakrise das Leben der Menschen vor Ort beeinflusst und warum der Einsatz der CIR für Klimagerechtigkeit so wichtig ist.

Herzlichen Dank an alle, die unsere Arbeit mit ihren Spenden unterstützen!

Unsere Spendenurkunde:

Ein besonderes Weihnachtsgeschenk!

Eine Spende schenken, anstatt ein weiteres Geschenk zu kaufen – das können Sie über unsere Webseite tun. Mit einer schön gestalteten Spendenurkunde und einem herzlichen Gruß als Weihnachtsgeschenk tun Sie nicht nur etwas Gutes, sondern können Ihrem Geschenk ganz einfach eine persönliche Note verleihen.

Auf unserer Webseite finden Sie eine Anleitung dazu:

www.ci-romero.de/spenden-schenken

Bei Fragen steht Ihnen Maria Wilmer, Referentin für Spendenwesen, gern zur Verfügung: Tel.: +49 251 6744 13 31, wilmer@ci-romero.de



Neues aus dem Team

Wir begrüßen vier neue Kolleginnen im Team: **Lea Schmidt** erweitert seit Oktober als ausgewiesene Kommunikationsexpertin unser Medien- und Öffentlichkeitsarbeitsteam. **Christiane Baum**, mit Erfahrung zu den Themen Fairer Handel und öko-soziale öffentliche Beschaffung, koordiniert seit Anfang

September ein Projekt zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in der kommunalen öffentlichen Beschaffung von Spielzeug und Arbeitsbekleidung. Eben dieses CIR-Thema wird auch von unserer neuen Volontärin **Marie Norkus** bearbeitet und bereichert. **Marie Günther** wiederum wird als Volontärin dabei unterstützen, unsere beliebteste Publikation, den Wegweiser durch das Label-Labyrinth, neu aufzulegen. Schön, dass ihr da seid!

Wenn neue Volontariate beginnen, endeten leider andere. So haben wir uns im Spätsommer von **Relana Waldner** und **R. Franz** verabschiedet. Beide haben ein Jahr lang unsere Kampagnenarbeit vorangebracht. Muchas gracias euch beiden!



FOTOS: CIR

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für all Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: +49 (0) 251 / 67 44 13-31**). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- ☐ einmalig ☐ monatlich
☐ 1/4-jährlich ☐ 1/2-jährlich ☐ jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- ☐ Projektarbeit ☐ Fördermitgliedschaft
☐ Öffentlichkeitsarbeit

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an: shop@ci-romero.de

Viele Materialien auch als Download unter

www.ci-romero.de/bestellen

Noch einfacher bestellen: **Online unter >**

Romero Initiative		EURO	EXPL.	Kritischer Konsum	
presente 4/2024 (vorliegend)				Toys Report 2024 – Barbies geheuchelter Feminismus	nur als Download verfügbar
Flyer: Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds der CIR Schnelle Hilfe in Not		gratis			
CIR-Spendenbox für öffentliche und private Veranstaltungen				Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2022)	2,00
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft				Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2022): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie	
Faire öffentliche Beschaffung				Aktionszeitung: BRENNPUNKT Spielzeug ist politisch!	gegen Porto
Flyer: Von der Idee in die Praxis - Beratungsangebot der CIR für eine sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung		gegen Porto		Minibroschüre mit saisonalen Rezepten: Menü4Münster ☐ Sommer ☐ Herbst ☐ Winter ☐ Frühling	
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-Saft ☐ Bananen ☐ Fleisch ☐				Prospekt-Persiflage (Adbust): LIDL ☐ EDEKA ☐ KIK ☐	
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin				Faktencheck 2023: Marktmacht versus Hungerlöhne – Orangensaft mit bitterem Beigeschmack	
Kleidung				Agrarökologie	
Poster: Fast Fashion-Wimmelbild		gegen Porto		Leporello/Faltbühllein: Visionen und Gründe für eine Agrar- und Ernährungswende	gegen Porto
Minibroschüre: Offensiv für Fairplay – Das nachhaltige Trikot: Anstoß für Fans und Vereine				Bericht und Positionspapier: Agroecology for Future – EU-Ernährungspolitik für eine globale Ernährungswende gestalten	nur als Download verfügbar
Mini-Magazin: Unhaltbar. Zum Zustand des modernen Fußballs.					
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion				Supermärkte und Lebensmittel	
Broschüre: Moral im Abseits – Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie		4,00		Palmöl-Report 2024 Deutsch/Englisch	nur als Download verfügbar
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: Nach St(r)ich und Faden (6 Poster in DIN A1)		20,00		Bildungskartenset zum Welternährungs-Wimmelbild	
Klimagerechtigkeit				Welternährungs-Wimmelbild (DIN A2)	
Studie: Die Klimakrise in Mittelamerika und Deutschlands Verantwortung – nur als Download verfügbar				Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten	gegen Porto
Plakat: Die Klimakrise hat viele Gesichter! (A2)		gegen Porto		Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild	
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe				Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie	
Systemwandel				Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittelverpackungen von mai vietnamese handicrafts, (DIN- A4) BLAU ☐ ORANGE ☐	5,00
Wanderausstellung: Genug für alle – Wirtschaftswandel wagen (3 Stecktürme) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)				Kochbuch: Gutes Essen für alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00
Leitfaden: Wandelmut! Wie wir eine sozial-ökologische Wirtschaft gestalten		3,00		Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der Werkmappe Supermärkte, vielen Aktionsmaterialien	10,00
Aktionspostkarte: Finde den fatalen Fehler, Aurubis!		gegen Porto		Wanderausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN-A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)	
Sticker-Postkarte: Weltwirtschaft wandeln – Zukunft gestalten					
Leporello/Faltbühllein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.					

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax E-Mail

Datum / Unterschrift

☐ Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.

 **romero initiative**
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

Romero Initiative (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251/67 44 13-0
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

#Fairgabe zur Pflicht machen!

Mit dem öffentlichen Einkauf von Produkten wie Berufsbekleidung, Nahrungsmitteln, Computern und Spielzeug dürfen nicht länger Ausbeutung und Umweltzerstörung gefördert werden! Mit einem Appell an die Bundesregierung fordern wir eine verpflichtend nachhaltige Beschaffung – und erfahren breite Unterstützung.



Kaffee in Rathäusern, Lebensmittel in Schulkantinen, Bettwäsche für Krankenhäuser oder Spielzeug für Kitas: Die öffentliche Hand in Deutschland kauft pro Jahr Produkte und Dienstleistungen im dreistelligen Milliardenbereich ein. Als Romero Initiative (CIR) setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass die Einhaltung von Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltnormen bei diesen Einkäufen Pflicht wird. Jetzt gibt es die Chance, dieses Ziel zu erreichen! Denn die Bundesregierung will das Vergaberecht reformieren. Erstmals sollen darin verbindliche soziale und ökologische Anforderungen für die öffentliche Beschaffung verankert werden.

Zivilgesellschaft, Kommunen und Unternehmen fordern gemeinsam eine starke Reform

Unser im Oktober veröffentlichter Appell fordert die Bundesregierung auf, verbindliche menschenrechtliche Kriterien sowie umwelt- und klimabezogene Anforderungen bei der Beschaffung allersensiblen Produktgruppen zu verabschieden. Über 70 Organisationen, 16 (Ober-)Bürgermeister*innen, Unternehmen, Zertifizierungsorganisationen und Expert*innen tragen diese Forderung mit. **Ein toller Erfolg! Wir bedanken uns bei allen Unterstützer*innen.**

Sie möchten auch etwas für eine nachhaltige Beschaffung per Gesetz tun?



Informieren Sie sich auf unserer Webseite über den Gesetzgebungsprozess: www.ci-romero.de/appell-nachhaltige-beschaffung/

Weisen Sie Ihre*n Bundestagsabgeordnete*n auf den Appell hin und fordern Sie sie*ihn auf, sich für starke Nachhaltigkeitsforderungen einzusetzen.

Weisen Sie Ihre*n Bürgermeister*in mit dem neuen Flyer „Von der Idee zur Praxis“ auf das Beratungsangebot der CIR zur sozial verantwortlichen Beschaffung hin (siehe Bestellschein oder Shop).

Gemeinsam für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung –

#Fairgabe jetzt!

